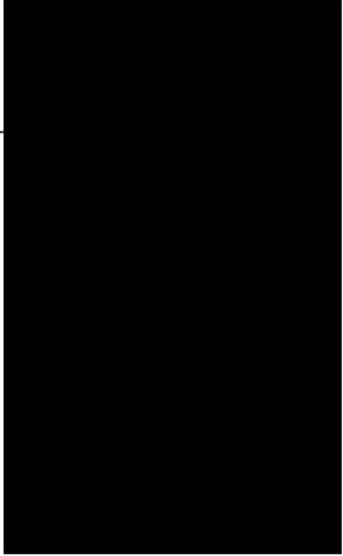




Antrag

an die Bürgerversammlung

Obermenzing, 19.03.2024



Artenschutz einfacher und effektiver gestalten

Die Bürgerversammlung beschließt: Die Stadt führt gesetzlich vorgeschriebene Artenschutzprüfungen künftig grundsätzlich selbst durch. Verantwortlich ist das Referat für Klima- und Umwelt (RKU). Es erhält daher anders als bisher alle bei der Lokalbaukommission (LBK) eingereichten Bauanträge. Das RKU garantiert durch eigene Bescheide die Neutralität der Verfahren. Für die Bauherren entfällt die Auflage zur eigenen Prüfung. Für LBK und RKU entfällt demgegenüber die bislang eher lässig ausgeübte Überwachung, ob Bauherren eigene Gutachten überhaupt erstellt haben.

Begründung

Bewohner in den noch grünen Vierteln der Stadt, wie in Pasing und Obermenzing, können selbst beobachten, wie der Raum für geschützte Arten nach und nach schrumpft. Vor Baubeginn müssen Bauherren zumindest prüfen, ob sie Nisthöhlen oder Lebensräume geschützter oder streng geschützter Arten gefährden und inwieweit Abhilfe geschaffen werden kann. Leider verstoßen Bauherren mit großer Regelmäßigkeit gegen diese gesetzlich festgelegten Auflagen und verzichten komplett auf eine solche Prüfung.

In vielen dokumentierten Fällen sind es Nachbarn, die auf diesen Verstoß aufmerksam machen. Das nachträgliche Einschreiten der zuständigen Behörde, des RKU, kommt dann aber, wenn das Kind schon ins Wasser gefallen, beziehungsweise weitere Brut- und Wohnstätten von Tieren zerstört sind. Ein Problem ist die Aufspaltung der Zuständigkeiten für Baumschutz und Naturschutz in der Stadt. Während die Baumschutzbehörde als Teil der Lokalbaukommission Bauanträge immer erhält (wenn Grün betroffen ist), erhält das RKU diese aktuell nicht grundsätzlich. Das macht eine sinnvolle Aufsicht unmöglich.

Problematisch ist dieses Vorgehen auch deshalb, weil mancher Bauherr sich ungestraft das Gutachten spart, ein anderer aber, eher zufällig, dazu herangezogen wird, die entsprechenden Kosten zu tragen.

Eine Übernahme der Artenschutzprüfung durch das RKU wäre nicht nur eine Erleichterung für die Bauherren. Sie wäre auch gerecht und würde der Stadt erlauben, sich einen Überblick über noch erhaltene Bestände geschützter Tiere in der Stadt zu verschaffen. So könnte man einem Rückgang auch gezielt entgegenwirken.

und Kosten annehmen